



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
Email: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 39/2020

Kiel, den 4.12.2020

Der Propagandakrieg geht weiter EU will unerwünschte Inhalte im Internet sanktionieren

Wenn die EU von „Demokratie“ spricht, ist Vorsicht geboten, denn oft ist genau das Gegenteil gemeint: Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit. Genau darauf läuft jetzt auch der „Europäische Demokratie-Aktionsplan“ hinaus, den die EU-Kommission am Donnerstag vorgestellt hat. Zwar soll der Plan offiziell den Medien-Pluralismus unterstützen; wichtiger dürfte den Brüsseler Initiatoren aber sein, daß der Plan auch Sanktionsmöglichkeiten für die Verbreiter unerwünschter Nachrichten im Internet vorsieht – bis etwa hin zu Visa-Einschränkungen und zum Einfrieren von Vermögenswerten! Im speziellen soll auch gegen „ausländische Einmischung und Desinformation“ vorgegangen werden – das richtet sich vor allem gegen Akteure wie Rußland und China.

Wie die stellvertretende EU-Kommissionspräsidentin Vera Jurova erklärte, sei der „Demokratie-Aktionsplan“ keine Regelung zur Löschung von Inhalten; „Aber wir können unsere Gesellschaften auch nicht manipulieren lassen, wenn es organisierte Strukturen gibt, die darauf abzielen, Mißtrauen zu säen und die demokratische Stabilität zu untergraben“, so Jurova.

Als konkretes Beispiel dafür nannte die Kommissions-Vizepräsidentin den „Desinformationstrend“ um den Corona-Impfstoff. Man müsse die Impfstrategie vielmehr durch einen effizienten Kampf gegen Desinformation unterstützen, sagte Jurova weiter. Deshalb wolle man Änderungen an Tools vornehmen, die denjenigen „Kosten“ verursachen würden, die „mit böswilliger Absicht in unsere Systeme eindringen.“ „Demokratische“ Akteure müßten hingegen gestärkt werden.

Da fragt man sich: Warum muß eine Impfstrategie unterstützt werden und wer will das? Wie sieht es mit der Menschenwürde, dem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und der körperlichen Unversehrtheit aus? Wer definiert „böswillige“ Absicht und wer oder was ist in den Augen der Kommission demokratisch?

Schon im Vorfeld hatte der US-Auslandssender Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) über noch weitergehende Pläne der EU-Kommission berichtet. Abgesehen von den „Kosten“ für die

Verbreiter unerwünschter Inhalte soll dort etwa vorgesehen sein, bei wiederholten Verstößen „Sanktionen“ einzuführen. Diese sollen sich etwa am Cyber-Sanktionsregime der EU orientieren, das 2020 erstmals zum Einsatz kam, um Vermögenswerte einzufrieren (!) und Visa-Verbote für „Straftäter“ – hauptsächlich russische, chinesische und nordkoreanische – zu verhängen, die die EU „angegriffen“ hätten.

Das kann, wie man weiß, sehr schnell gehen; schon jetzt kennzeichnen etwa Twitter und Facebook die Accounts der der russischen Regierung nahestehenden Nachrichtenplattformen RT und Sputnik als vom Staat kontrollierte Plattformen. Und wer dort unliebsame Nachrichten verbreitet, bekommt sein Konto gelöscht oder durch „shadow banning“ die Reichweite eingeschränkt.

Schöne, neue Welt?